

# Mitglieder-Info

## März 2009

## Liebe Genossinnen und Genossen,



gewerkschaftsdemo des »öffentlichen dienstes« in hamburg während des warnstreiks am 12.2.09. die LINKE war mit einem eigenen block vor ort. am 26.2. gab es noch einen warnstreik, an dem sich ca. 6.000 städtische angestellte und vereinzelte beamtete beteiligten. inzwischen liegt ein ergebnis bei den tarifverhandlungen vor: ca. 5,8%, gestreckt über zwei jahre. die gewerkschaftsmitglieder müssen darüber noch abstimmen. die erwartete inflationsrate ist 10%! Und wusstet ihr schon: in den letzten jahren sind fast 2 Mio. (in worten: zwei millionen) arbeitsplätze im »öffentlichen dienst« abgebaut worden, weil die privaten es angeblich besser machen sollten.

anita friedetcky (stellvertretende fraktionsvorsitzende die LINKE.altona, die als angestellte lehrerin an beiden warnstreiks teilgenommen hat)

die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 70 Jahren nimmt ihren voraussehbaren Lauf. Die Börsen setzen ihren Sturzflug fort, Firmenpleiten und Arbeitslosigkeit steigen sprunghaft an und täglich müssen mehr Menschen Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, sprich Kurzarbeit hinnehmen. Dem Exportweltmeister Deutschland (und Hamburg) fällt seine Strategie, auf Kosten anderer Länder (»Begar-my-neighbour«) zu wachsen und die Binnennachfrage zu vernachlässigen, hart auf die Füße.

Die politische Reaktion darauf: Es werden bisher unvorstellbare Summen ins Finanzsystem gepumpt, während die Maßnahmen zur Stabilisierung der Realökonomie und der Lebenslage von Beschäftigten und auf öffentliche Unterstützung angewiesene Menschen geradezu bescheiden ausfallen. Beispiel Hamburg: Da beschließen die Landesregierungen in Hamburg und Schleswig Holstein für die HSH Nordbank einen weiteren Kapitaleinschuss von drei Mrd. Euro und Bürgschaften in Höhe von 10 Mrd. Euro, während für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikpolitik und öffentliche Investitionen

gerade einmal 557 Mio. Euro abfallen, von denen der Bund auch noch 230 Mio. Euro übernimmt. Abstriche bei »Leuchtturmprojekten« wie der Elbphilharmonie? Fehlzanzeige!

Diese Politik des schwarz-grünen Senats droht zum Harakirikurs zu werden, denn die HSH Nordbank ist schon jetzt ein »Fass ohne Boden«. Nach wie vor hat die Bank 23 Mrd. Euro »toxische Wertpapiere« in ihren Büchern. Zudem ist das Geschäft mit Schiffsfinanzierungen und Flugzeugleasing faktisch zum Erliegen gekommen. Für die Bank ist deshalb kein Land in Sicht. Im Gegenteil wird schon jetzt über weitere Milliardenverluste spekuliert. In dieses Finanzinstitut weitere Steuergelder zu stecken, um Vermögenswerte zu retten, führt praktisch zu einer Enteignung der steuerzahlenden BürgerInnen.

Deswegen hat unsere Bürgerschaftsfraktion am Beispiel der HSH Nordbank deutlich gemacht, was »Schließt das Casino« konkret heißt: Abwicklung der Bank und Beteiligung der Investoren statt der SteuerzahlerInnen an den gigantischen Verlusten. Statt Milliardenbeiträge in die »Sozialisierung der Verluste« zu stecken, ist es viel sinnvoller, diese Gelder in ein

Landesprogramm Armut, soziale Gerechtigkeit und Armut zu stecken und über massive öffentliche Investitionen den Umbau der Stadt in Richtung eines sozial-ökologischen und solidarischen Hamburgs zu beginnen.

In der Bezirksversammlung Altona findet von alldem bisher wenig statt. Stattdessen dominiert weiter schwarz-grüne Klientelpolitik, deren Ruhe allerdings mehr und mehr von aufmüpfigen BürgerInnen, aber auch von unserer Partei und Fraktion gestört wird. Die Tatsache, dass ein Bürgerbegehren das andere jagt (Kleingärten, Buchenhofwald, Blankenese und weitere sind im Anmarsch) führt zu hektischen Reaktionen und einem Stil in der politischen Auseinandersetzung, der seinesgleichen sucht. BürgerInnenbeteiligung, soziale Spaltung im Bezirk und Forderungen nach gesellschaftlicher Steuerung wirken auf die anderen Bezirksversammlungsparteien wie ein rotes Tuch.

Um davon einen Eindruck zu vermitteln, dokumentieren wir in diesem Info ein Wortprotokoll der Aktuellen Stunde in der letzten Bezirksversammlungssitzung am 26. Februar. Besonders hoch schlugen die Wellen in dieser Sitzung beim

Antrag unserer Fraktion für eine soziale Erhaltensatzung für Ottensen und das Schanzenviertel – dem einzigen Mittel auf bezirklicher Ebene, dem Wahnsinn der Aufwertung der Quartiere und damit saftigen Mietpreiserhöhungen bzw. Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen zeitweilig Einhalt zu gebieten.

Die Diskussion um dieses bescheidene Mittel der sozialen Steuerung nutzten etliche Mitglieder der Bezirksversammlung, um ihr angestautes Gift (»wie im Kommunismus und Faschismus«) gegen unsere Fraktion zu verspritzen, so dass sich ausgerechnet der CDU-Fraktionsvorsitzende Szczesny zu Ordnungsrufen genötigt sah. Besonders trostlos: Zu den Giftmischern gehören leider auch einige Fraktionsmitglieder der alles andere als sozial und demokratisch, sondern konturlos in der Bezirksversammlung vor sich her dümpelnden Altonaer SPD.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiss und Bernhard Müller

SprecherInnen des Bezirksvorstands DIE LINKE.Altona

## Aus der Bezirksfraktion

»Wie weiter mit der Stadtentwicklung in Ottensen?

**Wird die achtgeschossige Bebauung in der Arnoldstraße künftig zum Richtwert?«**

**Wortprotokoll der Aktuellen Stunde der Sitzung der Bezirksversammlung Altona am 26.2.2009**

(Abgehört vom Tonbandmitschnitt der Geschäftsstelle der Bezirksversammlung im Bezirksamt Altona).

Kommen wir nun zur Aktuellen Stunde. Die ist von Der Linken angemeldet. »Wie weiter mit der Stadtentwicklung in Ottensen? Wird die achtgeschossige Bebauung in der Arnoldstraße künftig zum Richtwert?« Und diese Frage beantwortet uns Herr Jarowoy.

**Jarowoy (Die Linke):** Also, beantworten kann ich die Frage nicht, da wir das leider nicht entscheiden, aber wir haben sie gestellt, und dazu will ich einiges sagen. Ansonsten, Herrn Szczesny (dem zuvor geehrten CDU-Fraktionsvorsitzenden, Anm.) hätte ich gerne zu seinem 30. oder 35. Geburtstag gratuliert, aber nicht zu seinem 30jährigen oder 35jährigen Wirken in der Kommunalpolitik in Altona, denn diese habe ich hier miterlebt, und da ich weiß, dass Herr Szczesny ja auch in vielem und für vieles zuständig und verantwortlich ist, kann ich da nicht in Begeisterungstürme ausbrechen, denn das hat sich für mich hier nicht so toll entwickelt in den letzten 30 Jahren in Altona und in Ottensen.

Und damit sind wir auch schon bei der Frage: »Wie weiter mit der Stadtteilentwicklung in Ottensen?« Das geht jetzt hier mehr um städtebauliche Fragen als um das, was wir in dem nächsten Antrag, den wir heute auch noch behandeln werden, wo es um die Gentrifizierung, also die Veränderung der Stadtteile Schanzenviertel und Ottensen geht. Hier geht es jetzt in dieser Aktuellen Stunde um die Frage der Verdichtung, der baulichen Verdichtung, wie sie vor allem hier in Ottensen

stattfindet und wie sie offensichtlich von einem sehr großen Teil der Bevölkerung in keiner Weise gewünscht wird.

Anlass ist das, was noch in der letzten Sitzungsperiode, also noch vor den Wahlen, per Bebauungsplan in bezug auf die Arnoldstraße, die ehemalige Gewürzfabrik Petersen, beschlossen wurde. Ein achtgeschossiger Wohnturm, der dort festgeschrieben wurde, soweit ich weiß, wir waren damals ja noch nicht in der Bezirksversammlung, mit der Begründung, dass der Hochbunker, der dort im Krieg errichtet wurde und jetzt abgerissen werden soll, ja auch diese Höhe gehabt habe, weswegen man nicht umhin könne, dem Wohnturm eine entsprechende Höhe zu genehmigen. Wenn das so ist, finde ich das völlig unsinnig, weil diese Hochbunker, die dort im Krieg gebaut worden sind, nichts mit städtebaulichen Aspekten zu tun hatten, sondern rein aus den Kriegsnotwendigkeiten, oder wie man das auch immer nennen will, entstanden sind. Und wenn sie eh abgerissen werden, sie dann zum Maßstab zu nehmen für das, was dann danach kommt, wo ansonsten in Ottensen durchweg eine viergeschossige Bebauung gilt, das halten wir für ein fatales Zeichen, und ich möchte auf die Morgenpost verweisen, und das ist gerade erst ein-zwei Wochen alt, was dort Leserinnen und Leser geäußert haben.

»MOPO-Leserin Melanie Kleinschmidt findet den Bau vollkommen daneben: »Durch das Hochhaus werden Wohnhäuser, die teils unter Denkmalschutz stehen, komplett im Dunkeln verschwinden. Ebenso der beliebte Spielplatz Motte.«



Sie sieht den Neubau als Katastrophe. Wirtschaftliche Interessen würden eindeutig vor die Interessen betroffener Anwohner gestellt. Lieselotte Berger (68): ›Ich meine, dass dieses moderne Hochhaus hier in Ottensen überhaupt nicht in die Gegend und zu den historischen Nachbarhäusern passt.‹ Irmgard Moritz (75): ›Gegen Neubauten ist ja nichts einzuwenden. Aber ein solcher moderner Klotz in dieser Gegend – das passt einfach nicht zusammen.‹ Heinz Haberlandt (61): ›Bald werden wir nur noch auf diesen hässlichen Klotz blicken können. Wer hat diese Schicki-Micki-Bude nur genehmigt?‹ Ilse Buterfass (68): ›Was die Verantwortlichen sich dabei gedacht haben, das Projekt zu genehmigen, ist mir ein Rätsel, Ottensen verliert mehr und mehr sein Flair.‹

Das ist das, was die Bevölkerung dazu gesagt hat. Ich bzw. wir sehen des weiteren die Gefahr, dass dieses nun zum Anlass genommen wird, zu sagen ›Was dem einen recht ist, ist dem anderen billig. Jetzt müssen wir auch weitere Bebauungstürme genehmigen‹, denn, wir haben das häufig schon erlebt, z.B. in der Friedensallee, wo eigentlich eine viergeschossige Bebauung ist, wo dann irgendwo eine Ausnahmegenehmigung gegeben wurde für eine sechsgeschossige Bebauung, und, zack, wird gleich daneben auch eine sechsgeschossige Bebauung genehmigt. Und das ist die Gefahr, die wir sehen, dass sich das weiter durchsetzen wird und Ottensen immer weiter zugebaut wird – in die Höhe und in die Fläche durch Verdichtung, Innenhofbebauung und dergleichen mehr. Weitere Sachen sind dazu auch die Twin-Towers und der Diamant am Hafensrand mit ihren wahnwitzigen Höhen, die dort auch die Sicht und alles weitere für die Spaziergänger verschandeln.

Das Wort hat **Herr Wenzel (CDU)**: Ja, Herr Jarowoy, ich muss mich doch etwas wundern über Ihre, ja, ich will nicht sagen ›Wahrnehmungsstörungen‹, aber doch zumindest über diese kognitive Wahrnehmung, dass Sie sich auf ein einzelnes Bauvorhaben, einen einzelnen Baukörper, fokussieren, wenn Sie ein Thema allgemein für Altona und für Ottensen anmelden.

Lassen Sie uns vielleicht einmal bei den Fakten bleiben. Ich glaube, wir streiten uns nicht darüber, dass der Abriss eines Bunkers gewollt ist und, dass der Abriss eines Bunkers eine sehr teure Angelegenheit ist. Sie sollten aber bei den Fakten insofern bleiben, wenn Sie über diesen Bebauungsplan sprechen, das ist konkret Ottensen 56, dass Sie auch mal erwähnen, wie die übrige Geschossigkeit in diesem Quartier ist. Da besteht 3- und 4-Geschossigkeit. Und Sie sollten sich nicht nur ein einziges Paradebeispiel herausgreifen, wozu Sie sich hier polemisch äußern. Sie sollten sich auch mal angucken, und da waren Sie dann auch schon in der Politik, wie Plandiskussionen laufen, welche Bebauungsplanverfahren wir aktuell haben, Bauleitplanung in Ottensen.

Wir hatten vor wenigen Tagen hier in diesem Saal eine Anhörung zur Planentwurfdiskussion Ottensen 60. Viele können damit nichts anfangen, Röhrig-Block, Friedensallee, Große Brunnenstrasse, da waren über 150 Leute hier, und es wurde nicht kritisiert, oder nur sehr wenig kritisiert, was dort passiert. Es ist eine sensible Bebauung, neun Geschosse, nein, neun Meter ist die Ausweisung, das sind maximal drei Geschosse, es wird Sozialwohnungsbau geben, und die Anwohner haben durchweg ihren Frieden mit dieser Geschichte gemacht und können damit leben. Wie gesagt, Sie greifen sich in Ihrer Wahrnehmungsstörung immer nur einzelne Beispiele

heraus, aber ich will nicht nur von dem sprechen, was zukünftig passieren wird, sondern von dem, was aktuell passiert.

Wir hatten letzte Woche ein Richtfest, ich habe den Bezirksamtsleiter dort getroffen, der ASBV, familiengerechtes Wohnen, Am Born, 3- und 4-geschossige Bebauung. Das sind alles Dinge, die Sie verschweigen, wo Sie sich das herauspicken, was Ihnen gerade gefällt, was Ihnen und Ihrer Klientel, um irgendwo ein Fanal zu setzen, dienen kann. Aber bleiben wir bei den aktuellen Bauvorhaben im Bezirk. Ottensen 55, Fischers Allee, ehemals Asche-Gelände, viergeschossig, überhaupt keine Kritik von Ihnen an dieser Stelle, und so was wird einfach verschwiegen. Das ist Ihre Form der Darstellung, und ich muss Ihnen gestehen, mir fehlen da die konstruktiven Ansätze. Sie rennen jeder kleinen Initiative hinterher, ein Anwohner sagt was, und schon ist DIE LINKE da. Ich glaube aber, dass Sie diese selektive Wahrnehmung auch ganz bewusst machen. Sie machen das ganz bewusst. Sie machen das nicht aus Unwissenheit, Sie machen das mit Absicht. Sie wollen die Wahrheit vereinfacht darstellen, verdreht darstellen und verfälscht darstellen. Das haben wir oft genug auf Ihren Homepages gesehen, und ich möchte Sie bitten, zukünftig ehrlicher mit der Wahrheit umzugehen. Ganz herzlichen Dank.

Das Wort hat **Frau Boehlich (GAL)**: Sehr geehrte Herren, sehr geehrte Damen, sehr geehrter Herr Jarowoy, in der Tat, Herr Wenzel hat vollkommen recht, Sie nehmen einen einzelnen Baukörper heraus, der beschlossen wurde, hier in der Bezirksversammlung, und behaupten, das sei der Richtwert für Ottensens Zukunft. Herr Wenzel hat einige Beispiele genannt. Da können wir noch etliche hinzufügen, wo wir Bebauungspläne aufstellen, wo wir darüber sprechen, ob eine zwei-drei-geschossige Bebauung möglich ist. Also, Ottensen wird in Zukunft nicht mit achtgeschossigen Gebäuden zugebaut, nein. Sie haben allerdings auch vergessen, zu erwähnen, dass es hier eine Bebauungsplanänderung gegeben hat, dass alle Beteiligten teilgenommen haben, und Sie haben auch vergessen, dass es zu diesem Bebauungsplan einen Wettbewerb gegeben hat, der einvernehmlich ein Ergebnis zur Folge hatte, und das ist dieses hier. Das ist das Ergebnis eines Bebauungsplanverfahrens, das haben Sie auch verschwiegen, aber wir können die Öffentlichkeit ja beruhigen, nein, Acht-Geschossigkeit in Ottensen ist und wird nicht der Richtwert für die Zukunft sein. Vielen Dank.

Das Wort hat **Herr Krappa (SPD)**: Herr Jarowoy, auch von unserer Seite aus ganz klare Ansage, das ist nicht der Richtwert, das ist eine Ausnahme, die dort wahrscheinlich realisiert werden wird. Noch ist ja gar nicht gebaut, darauf sind Sie gar nicht eingegangen, was mich auch ein bisschen wundert, denn dieses Grundstück ist ja ein Spekulationsobjekt leider geworden – davon gingen wir damals nicht aus, dass es sozusagen mit fertigen Genehmigungen einfach weiterverkauft wurde, aber das sind eigentlich die Dinge, vielleicht wissen Sie das auch nicht, die uns eigentlich sorgen müssen, dass man sozusagen dann die Preise nach oben treibt, dann sich eine Baugenehmigung abholt mit Befreiungen und sonst

wie, und dann wird das Ganze teuer weiterverkauft. Gebaut wird nicht bisher. Und das ist eigentlich schade, denn, will mal sagen, von der Bevölkerung wird es in keiner Weise gewünscht. Sie sprechen nicht für die gesamte Bevölkerung, mit dem, was Sie dort sagen. Wir beide (gemeint ist wohl Herr Wenzel von der CDU, Anm.) saßen auf dem Podium bei Ottensen 60. Herr Wenzel hat es angesprochen. Ich hatte mit vielmehr Protesten gerechnet. Viele Bürger aus dem Röhrigblock hatten teilgenommen an der Plandiskussion. Nein, nein, so ist das nicht. Das Boot ist auch nicht voll in Ottensen. Es können auch weitere Menschen dorthin ziehen, wir freuen uns auch darüber, dass es zusätzlichen Wohnungsbau gibt, also, das ist ja gar nicht die Frage, es geht ja darum, dass man das vernünftig steuert, und bei den Höhen, muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, plädieren wir immer für Maßstäblichkeit, da haben wir dann manchmal auch mit den anderen Fraktionen etwas Streit gehabt, ich sag mal das Beispiel Gausstrasse. Herr Szczesny hatte da mal was von 14 Geschossen im Kopf, das fand ich dann auch, ehrlich gesagt, ein bisschen velle, auch, wenn es an der Bahn ist, da muss man dann streiten, aber sich nicht das herauspicken als ein grundsätzliches Symbol für eine Fehlentwicklung. Nein, nein, darum geht es nicht.

Und bei der Arnoldstrasse möchte ich nochmal dazusagen, wir haben darüber verhandelt, wie die Höhen in den Nachbargebäuden sein sollen, und das ist auch wirklich nicht einfach, wenn dann einer das sozusagen erreicht und die anderen dann mitziehen wollen, aber die anderen, die dort hinziehen werden, das sind Wohnprojekte, die im Stadtteil sich gegründet haben. Das sind Bürger und Bürgerinnen aus Ottensen, die seit Jahren darum kämpfen, dass sie endlich ihre Wohnprojekte dort bekommen. Und die werden dort mit sechs Geschossen plus einer Staffel, glaube ich sogar, errichtet. Auch das verschattet, aber das sind Menschen aus dem Stadtteil, die im Stadtteil bleiben. Und das ist doch etwas, was uns auch freuen wird, dass die Menschen hier im Stadtteil bleiben, dass sie nicht wegziehen. Insofern finde ich diese Verengung auf das eine Gebäude falsch.

Wir müssen uns mit Themen beschäftigen, Fehlentwicklungen, völlig richtig, aber wenn ich das Abendblatt von heute aufschlage, drohen uns ganz andere Dinge als Acht-Geschosser oder 14-Geschosser, sondern Finanzkrise in Hamburg, schreibt das Abendblatt, Geld für große Bauprojekte fehlt. Und zwar spricht der Landesverbandschef von dem Wohnungsbau- und Immobilienunternehmen, dass sie offenbar keine Kredite mehr bekommen von den Banken. Von der HSH Nordbank sowieso nicht, die haben das Geld ja offensichtlich an anderer Stelle versenkt. So, wir haben das Problem von Finanzierungen von Wohnungsbau derzeit. Der Wohnungsbau ist auf dem Nachkriegstiefstand angekommen. Also, es geht gar nicht um 14 oder 8 Geschosse, sondern darum, dass überhaupt Geld für Wohnungsbau bereitsteht. Hier sind die Fehlentwicklungen.

Und ich glaube, dass die Diskussion, die Sie jetzt anzetteln wollen, dass wir die gar nicht führen müssen, denn die Sachen werden ja gar nicht gebaut. Wir müssen uns eher



darum sorgen, dass Hamburg diese Finanzprobleme löst. Ich weiß nicht, ob DIE LINKE auch hier im Hause einmal darüber nachdenkt, was daraus möglicherweise für Folgen entstehen. Auch für den Bezirk. Dass wir vor einem Staatsbankrott möglicherweise auch in Hamburg stehen werden. Schleswig-Holstein scheint kurz davor zu sein, insofern geht es auch um das ganz andere Problem, dass wir wenigstens das bisschen Wohnungsbau, das wir beschlossen haben, dass das auch realisiert wird. Das ist unsere Hauptsorge.

Das Wort hat **Herr Scharlach (FDP)**: Herr Jarowoy, ich finde es immer ein bisschen schade, dass Sie sich thematisch in vielen Bereichen so verengen. Ich hab nun das Vergnügen, seit einem Jahr Mitglied der Bezirksversammlung zu sein, und soweit mich mein Gedächtnis nicht trügt, haben wir über Bebauungen in Ottensen an verschiedensten Stellen geredet. Und es ist mir nicht erinnerlich, aber das mag an meinem kurzen Gedächtnis liegen, dass die Bezirksversammlung bzw. der Planungsausschuss mit der Dampfwalze über die Bezirke bzw. das bezirkliche Planungsrecht hinwegfährt. Also, man geht vor mit Sensibilität an die Dinge heran. Ich kann zu der Arnoldstrasse nicht so wahnsinnig viel sagen, weil das außerhalb meiner Zeit gewesen ist, aber ich habe festgestellt, dass man Zwei-Geschosser, Drei-Geschosser oder auch eine maßvolle Bebauung angesprochen hat in der ganzen Planung der letzten Monate. Und ich glaube, man sollte bei der Wahrheit bleiben und mit den Füßen auf dem Teppich.

Das Wort hat **Herr Jarowoy**: Ja, mit der Wahrheit ist das immer so eine Sache. Zunächst habe ich gesagt, dass ich hier noch nicht über die Gentrifizierung geredet habe. Natürlich gibt es in Ottensen nicht nur das Problem der Verdichtung, sondern auch die Frage dessen, wie die Umwandlung z.B. von Gewerberaum, hier wurde die ehemalige Asche-Fabrik genannt, oder jetzt Ottensen-Westend usw., also, dass überall teuerster Wohnraum geschaffen wird, genau wie in der Arnoldstrasse. Herr Adrian, wenn Sie sagen, das ist ja so toll, da kostet die billigste Wohnung aber 185.000 Euro und geht bis 700.000 Euro. Das ist sicherlich nicht unbedingt die Standard-

bevölkerung, die hier in Ottensen in den letzten Jahrzehnten gelebt hat, sondern das ist eine Bevölkerungsstruktur, die neu entsteht, die nichts mit dem zu tun hat, was ursprünglich hier war und dass das auch dadurch, dass in diesem Zuge die Mieten immer mehr steigen, immer weiter zur Vertreibung der ursprünglichen Bevölkerung führt. Das ist ein weiterer Aspekt. Ich hatte ausdrücklich gesagt, dass ich zu diesem Aspekt an dieser Stelle noch nichts sagen wollen. Jetzt habe ich dazu nur mal kurz Stellung genommen, damit das hier nicht unwidersprochen stehen bleibt.

Des weiteren geht es hier natürlich nicht nur um diesen einen achtgeschossigen Wohnturm, sondern, ich habe das schon erwähnt, in der Friedensallee ist es mehrfach vorgekommen, und in der Behringstrasse neben dem Hundertwassercafe rechts und links wird es eine sechsgeschossige Bebauung geben. Also, es gibt mehrere Beispiele, und es gibt Aufstockungen, die in Ottensen in verschiedenen Bereichen geplant sind und durchgeführt werden. Und, Herr Adrian, wenn Sie sagen, hier gibt's ja von den Banken kein Geld mehr, dass etwas gebaut wird, ach ja, es war nicht Herr Adrian, Herr Krappa hat das gesagt, ja, also Herr Krappa, aber jedenfalls ist es von der SPD gekommen, dann hätte die SPD vielleicht mal lieber feststellen sollen, dass in den letzten sechs Jahren sowieso kein sozialer Wohnungsbau in Hamburg mehr stattgefunden hat, dass öffentliche Gelder für Wohnungsbau sowieso nie mehr zur Verfügung gestellt wurden. Dieser war minimal, und es ist ein extremer Rückgang an öffentlichem Wohnungsbau, der noch stattfindet. Insofern ist die Argumentation mit der HSH Nordbank an dieser Stelle, weiß ich nicht, ob das besonders hilfreich ist. Was da an Geld versenkt worden ist, von den CDU-Senatoren in erster Linie, ist eine ganz andere Frage, auf die ich hier jetzt nicht eingehen möchte.

Das Wort hat **Herr Hielscher (CDU)**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, Herr Kollege Jarowoy!

Das war ja schon ein kleines Rückzugsgefecht, dass Sie jetzt plötzlich Ihre Ablehnung auf das eine Bauvorhaben konzentrieren. Dann sind wir wieder bei dem Thema Wahrheit. Was wir doch Sitzung für Sitzung miterleben, ist doch, dass Sie grundsätzlich bei jedem Bauvorhaben nein sagen. Und nicht nur in der Arnoldstrasse. Wir haben das im Bauausschuss erlebt in der Paulinenstrasse 53-55, zu 39 Wohnungen haben Sie zuletzt nochmal im Bauausschuss nein gesagt, Sie haben zur Arnoldstrasse nein gesagt, Sie haben zum Schwimmbad nein gesagt, Sie haben zu dem Wohnungsbau, der sozusagen auf den Verwertungsflächen im Zusammenhang mit dem Deckel entstehen kann, nein gesagt. Sie sagen doch immer nein. Ihre Politik ist doch »Zurück in die Steinzeit«, kein konstruktiver Ansatz in diesem Parlament, sondern nur darauf abheben, mit falschen Beispielen den Menschen eine Zukunft zu bieten. Das ist Ihre Politik, und das wird von uns nicht akzeptiert, und das ist ja auch sehr komisch, deswegen ist es mir sehr leicht gefallen, den doch sehr staatstragenden Beitrag von Herrn Krappa durchaus zu beklatschen. Alle vier Fraktionen diesen Hauses sind sich einig, eine solche destruktive Politik kann man nicht unterstützen.

### »Milieuschutz für Ottensen und das Schanzenviertel«

Rede des Fraktionsvorsitzende DIE LINKE Robert Jarowoy zum Antrag in der Bezirksversammlung vom 26.2.2009



DIE LINKE ist nicht, wie immer behauptet wird, gegen Wohnungsbau, sondern wir sind für sozialen Wohnungsbau. Wir haben in Altona die größte innerstädtische Freifläche Europas, die im Zuge der Bahnprivatisierung an Spekulanten verschenkt worden ist, wo man sozialen Wohnungsbau in außerordentlichem Maße hätte durchführen können und vielleicht auch jetzt noch durchsetzen könnte. Wir sind deshalb nicht gegen Wohnungsbau, sondern für sozialen Wohnungsbau, aber nicht dort, wo die zunehmende Stadtteilverdichtung das Leben für die Menschen immer weniger lebenswert werden lässt, sondern dort, wo Freiflächen zur Verfügung stehen, die bebaut werden können.

Deshalb erheben wir jetzt die konkrete Forderung einer sozialen Erhaltungssatzung für die Stadtteile Ottensen und Schanzenviertel – man kann das auch Milieuschutz nennen –, die u.a. beinhaltet, dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zumindest erschwert wird und dass verhindert wird, dass die Baubehörde normale Wohnlagen in so genannte gute Wohnlagen umdeklariert mit der Konsequenz, dass der Mietenspiegel entsprechend angehoben wird. Dies ist beispielsweise in St. Georg geschehen und hat dazu geführt, dass allen voran das städtische Unternehmen SAGA die Mieten sofort um 20% erhöht hat. Dies kann man unserer Meinung nach durch Beschluss einer so genannten sozialen Erhaltungssatzung verhindern. Sie stellt sicher, dass der noch vorhandene günstige oder zumindest für viele jetzt noch halbwegs bezahlbare Mietwohnraum erhalten bleibt und nicht alles in teure Eigentumswohnungen umgewandelt wird, die sich von den bisherigen BewohnerInnen dieser Viertel kein Mensch mehr leisten kann.

Und da sehen wir, dass die Baubehörde als Kriterium für die gute Wohnlage die gestiegene Attraktivität von Szene-Stadtteilen zugrunde legt, die unserer Meinung nach allerdings nur von den BesucherInnen wahrgenommen wird, die hier Kneipen, Restaurants und Cafés aufsuchen. Für langjährige BewohnerInnen hingegen bedeutet die Umwidmung ihrer Wohnquartiere in Flanier- und Amüsiermeilen keine echte Aufwertung, sondern ist häufig eher mit Parkplatznot und Lärmbelästigung sowie eklatanten Preissteigerungen verbunden. Was dem Investor als Wertsteigerung hochwillkommen ist, nehmen die MieterInnen deshalb eher als Belästigung und Yuppisierung wahr. Dafür auch noch höhere Mieten zahlen zu müssen, wird als Bestrafung empfunden.

Die Erhaltungssatzung ist auch wichtig für das Gewerbe, das durch Eigentums- und Luxuswohnungen immer mehr verdrängt wird – als Beispiele erwähnte ich schon die Umwandlung des ehemaligen Firmengeländes von Aale-Friedrichs zum Ottensen Westend oder die des Asche-Geländes in der Fischers Allee.

Das sind genau die Dinge, die wir vermeiden wollen. Wir denken, je mehr Gewerbefläche von kleineren und mittleren Unternehmen – große gibt es hier ja ohnehin praktisch nicht mehr – gesichert und nicht umgewandelt wird, desto eher besteht die Chance, die Miet- und Immobilienpreissteigerungen in einer Weise zu kontrollieren, dass die Entwicklung nicht weiter in eine Richtung geht, wie jetzt schon vor allem im Schanzenviertel und in Ottensen, wo die eingesessene Bevölkerung faktisch aus ihren Quartieren vertrieben worden ist und noch weiter vertrieben wird.

**Zum Antrag »Bürgerbegehren«****Rede des Fraktionsvorsitzende DIE LINKE Robert Jarowoy in der Bezirksversammlung vom 26.2.2009**

A/BVG/ Drucksache XVIII - XXX  
Datum XX.XX.2008

**Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE**

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

1. Die Bezirksversammlung begrüßt die jüngst von der Hamburgischen Bürgerschaft einstimmig beschlossenen Regelungen für Volks- und Bürgerbegehren als wichtige Elemente der Mitwirkung am politischen Entscheidungsprozess in einer Demokratie.
2. Die Bezirksversammlung fordert das Bezirksamt auf, auch im Falle der laufenden Bürgerbegehren in Altona keine Entscheidungen zu treffen, die mit Wortlaut oder Geist der gesetzlichen Regelungen über Volks- und Bürgerbegehren nicht in Einklang stehen.

Begründung erfolgt mündlich.

**Petitum:**

**Die Bezirksversammlung wird um Zustimmung gebeten.**

Wir finden es sehr wichtig, dass die Bürgerbegehren ernst genommen werden müssen. Ich war sehr entsetzt über das, was in der letzten Zeit zu lesen und zu hören war: Erst las man in Bezug auf das Bürgerbegehren der Kleingärtner in der Presse, diese seien nun durch die Evokation der grünen Senatorin ausgetrickst worden. Jetzt hatten wir dasselbe im Hauptausschuss mit dem Bürgerbegehren Buchenhofwald, wo der Bezirksamtsleiter sagte, dieses Bürgerbegehren werde nicht zur Folge haben, dass die Baugenehmigung verweigert würde, und auch eine Baumfällgenehmigung werde kommen. Selbst Herrn Szczesny war überrascht: Die Fragen seien doch mit dem Leiter des Rechtsamtes abgesprochen worden? Genau wie die Fragen der Kleingärtner, die auch mit dem Leiter des Rechtsamtes abgesprochen worden waren.

Der Herr Bezirksamtsleiter sagte daraufhin, das hieße ja aber nicht, dass es deswegen auch für zulässig erklärt wird.



Derselbe Rechtsamtsleiter kann im Anschluss sagen, dass das Bürgerbegehren überhaupt nicht zulässig ist.

Wenn das so ist, frage ich mich, was diese Auskünfte des Rechtsamtes wert sind (es ist ja das Bezirksamt, das diese Auskünfte gibt) und, was man dort überhaupt von Bürgerbegehren hält. Man nimmt sie überhaupt nicht ernst. Erst sagt man, ja, macht man. Hinterher treten wir das aber sowieso in die Tonne. Das finde ich einen unglaublichen Zustand.

Wir haben das beim Bismarckbad erlebt. Da hatten 80% für den Erhalt des Bismarckbades gestimmt und 70% nicht für die Einrichtung eines neuen Bades, wenn es auf den Trümmern des Bismarckbades errichtet wird. - Das ist übrigens auch der Grund, warum wir heute nicht an der Schampus-Party zur Einweihung des neuen Bades teilnehmen werden, obwohl wir es natürlich besser finden, dass überhaupt ein Bad gebaut worden ist, als gar nichts. Aber dass im Bürgerbegehren und Bürgerentscheid zum Ausdruck gekommene BürgerInnenwillen derart missachtet wurde und das Bismarckbad trotzdem abgerissen wurde, das sehen wir nach wie vor als eine der schlimmsten Sünden hier in Altona an.

Und wir sehen, dass es jetzt wieder in genau dieselbe Richtung geht mit den Bürgerbegehren der Kleingärtner und zum Buchenhofwald. Bei Blankenese, da hat man wahrscheinlich mehr Angst um das eigene Wählervolk, das eigene Klientel gehabt, und da hat man sich eines anderen besonnen und seine eigenen Anträge wieder zurückgezogen.

Hier dagegen scheint es, dass die Begehren einfach weggefeht werden sollen, und das kann nicht im Sinne des Gesetzes sein, das hier durch die Volksgesetzgebung entstanden ist, das Bürgerbegehren und Volksentscheide möglich gemacht hat. Deswegen haben wir den Antrag gestellt, dass die Bürgerbegehren, die derzeit laufen und die künftig laufen werden, ihre entsprechende Würdigung in der Politik in Altona finden.

Vielen Dank.

## DIE LINKE.Bezirksfraktion Altona, nimmt die Einladung der Bäderland GmbH zu einer Vorabbesichtigung des neuen Bades an der Holstenstrasse nicht an!

Presseerklärung der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona



Die Zerstörung des fast 100 Jahre alten Bismarckbades im Herzen Ottensens und Altonas wurde gegen den im Bürgerentscheid erklärten Willen von fast 80% der sich am Bürgerentscheid beteiligenden Altonaerinnen und Altonaer vollzogen. Trotz massiver Werbung für das neue Bad hatten sich 70% der teilnehmenden Wahlberechtigten gegen das neue Bad ausgesprochen, weil sie sich damit nicht von ihrem Bismarckbad abfinden lassen wollten, das vielen Generationen kein teures »Spaßbad« – wie der Neubau an der Holstenstrasse – war, sondern eine für alle erschwingliche soziale, gesundheits- und sportorientierte Begegnungsstätte. Kindergeburtstage, Saunatreffs, Schwimmunterricht für Kitas und Schulen, Senioren-Unterwassergymnastik, und ganz normales Bahnschwimmen prägten den Badealltag, nachdem die Schwimmvereine schon zehn Jahre zuvor vertrieben worden waren.

Das durch den Druck der Bürgerinitiative »Unser Bismarckbad bleibt!« in die Planung und dann auch Ausführung genommene Spaßbad an der Holstenstrasse, das noch dazu Teile des gerade unter großer Mitwirkung der Anwohner hergerichteten Walter-Möller-Parks zerstört hat, ersetzt zum einen allenfalls das vor 20 Jahren fast an derselben Stelle ebenfalls gegen den Bürgerwillen geschlossene Thedebad, nicht aber das Bismarckbad, das allein durch seine zentrale, für alle gut und gefahrlos erreichbare Lage einen unvergleichlich höheren Wert für die Altonaer Bevölkerung darstellte und als eines

der wenigen weitgehend erhaltenen Jugendstilbäder eine architektonischen und kulturhistorische Bedeutung besaß, die hier, genau wie 30 Jahre zuvor der Altonaer Bahnhof, der Abrissbirne zum Opfer fielen, was von vielen AnwohnerInnen und ExpertInnen als städtebauliches Verbrechen angesehen wird.

Aufgrund der Ausgliederung des Schwimmbad-Sektors der ursprünglich zu den Hamburger Wasserwerken gehörenden heutigen »Bäderland GmbH« unterliegen alle betriebswirtschaftlichen Angaben dem Betriebsgeheimnis, so dass auch aus diesem Blickwinkel nicht überprüft werden kann, ob der Verkauf und Abriss des Bismarckbades und der Neubau des Bades an der Holstenstrasse irgendeinen ökonomischen Sinn für den Steuerzahler machen. Vielmehr ist davon auszugehen, dass hier in erster Linie die wirtschaftlichen Interessen des Bismarckbad-Abriss- und Mercado-3-Investors Pirelli RE bedient wurden, während der Steuerzahler den Schwimmbad-Neubau an der Holstenstrasse und als Kunde die entsprechend hohen Eintrittspreise bezahlen darf bzw. muss, wenn er sie denn nutzen will.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona waren alle in der Bürgerinitiative »Unser Bismarckbad bleibt!« engagiert und werden nicht an dieser Voreröffnungsschau des »Festlandes« teilnehmen.

Hamburg-Altona, den 12.3.2009

### Bericht aus dem Regionalausschuss II für Lurup, Osdorf und Iserbrook vom 17.2.2009

von Dirk Kölsche

Die Sitzung fand im neu errichteten Altenheim Tabea an der Luruper Hauptstraße statt. Die Heimleitung führte die Sitzungsteilnehmer durch die Räumlichkeiten und beantwortete geduldig jede Frage. Das Haus ist derzeit noch nicht voll belegt, die Pflege findet zugeschnitten auf einzelne Wohngruppen statt; es gibt dort im Prinzip alle 3 Pflegestufen, die meisten werden in Stufe 1 betreut, nur wenige erhalten Pflegestufe 3. Seit Bestehen des Hauses sind unterdessen jedoch bereits zehn Menschen verstorben – das ist der Alltag in einer solchen Einrichtung.

Das Projekt kann man als vorbildlich bezeichnen. Es bietet eine eigene Wohngruppe für türkische Heimbewohner an, auch ein muslimischer Gebetsraum ist vorgesehen. Im Kellergeschoss – wo auch die Sitzung stattfand – befindet sich ein Andachtsraum für christliche Messen. Das Haus trägt sich finanziell noch nicht selbst, das benötigt nach Auskunft der Heimleitung noch einige Zeit. Es fügt sich aber sehr positiv in das Umfeld ein und die Verkehrsanbindung sowie zukünftige Einkaufsmöglichkeiten sind auch für die Gruppen der BewohnerInnen, die noch sehr mobil sind, ein sinnvolles Angebot.



Da liegt der Hund aber auch schon begraben: Das Ortszentrum – sprich Eckhoffplatz – wird zwar grob beplant, jedoch ist die Realisation noch lange nicht finanziert und sicher, die aktuelle Lage an den Finanzmärkten wird dies nicht verbessern. Zudem sind die Möglichkeiten für soziale Angebote dort keine ausgemachte Sache. Letztendlich wird beim möglichen Bau in zähen Verhandlungen mit den Investoren erst zu ermitteln sein, was wirklich mehr als nur Kommerz und Umsatz bedeuten wird. Die Möglichkeiten sind allerdings gegeben, weil man mit den bestehenden Wohneinheiten – die evtl. umgesiedelt werden sollen – eine gewisse Manövriermasse innehat.

Die zweite Problematik liegt bei der Verkehrsanbindung: Seit 14.12.08 fährt die Metrobuslinie 3 nicht mehr ab Rugenbarg über die Luruper Hauptstraße. Deshalb muss die bestehende Linie 2 die Fahrgastzahlen tragen und auch Mehrbedarf schultern, der mit den zusätzlichen Altenplätzen, aber auch Wohnungsprojekten, die unweit des Eckhoffplatzes realisiert werden, entsteht. Kommt das Einkaufszentrum am Eckhoffplatz, wird sich diese Situation noch verschärfen.

Der Ausschuss befasste sich unter anderem auch mit der Stadtteilentwicklung Iserbrook – dazu gibt es eine Übersicht auf unserer Website [www.die-linke-altona.de](http://www.die-linke-altona.de) bei der Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook. Die Beteiligungsverfahren sahen im Januar dieses Jahres vor, dass man Erwachsene und Jugendliche ansprechen wollte. Bei den Erwachsenen funktionierte dies gut. Warum die Beteiligung der jüngeren AnwohnerInnen ins Leere lief, haben die Verantwortlichen nicht erklärt. Es ist vermutlich immer eine Frage der Ansprache und der Schwellenhöhe, die Jugendliche überhaupt veranlassen, sich in Planungen einbinden zu lassen.

Ein wesentlicher Punkt – die Verbesserung der Einkaufsmöglichkeiten für AnwohnerInnen des Botterbarg – wurde nur am Rande erwähnt. Er stellt aber einen wesentlichen Aspekt der Wohnumfeldverbesserungen dar, denn gerade bei der aktuellen Situation, was das Durchschnittsalter der Bevölkerung dort anlangt, sind nahe liegende Geschäfte immens wichtig. Zudem sollen ja auch gerade Familien mit Kindern angesiedelt werden. Dennoch sieht die Planung für neue Ladenlokale erst 2011 die Realisation vor. Das ist angesichts der ohnehin schon langen Wartezeit, was dieses Thema angeht, für die AnwohnerInnen belastend.

In diesem Zusammenhang muss man auch immer bedenken, wie nachhaltig Wohnumfeldprogramme wie die Aktive Stadtteilentwicklung sind. Dies spiegelt sich im immer wiederkehrenden Tagesordnungspunkt des Bürgerhauses Osdorf wider: Es werden zwar punktuell Verbesserungen erzielt, die Grundprobleme des Stadtteils werden damit allerdings nicht aus der Welt geschafft.

Die soziale Situation, die Spannungen und die Sicherheitslage wurden in den Jahren seit der ersten Sicherheitskonferenz nur marginal verbessert. In Osdorf wie auch in Lurup gibt es nach wie vor große soziale Brennpunkte, die durch das ein oder andere Betreuungsangebot für Jugendliche nur teilweise bewältigt werden konnten. Daran wird auch ein Mehr an Mitteln für Zentren nicht viel ändern, weil die Ursachen woanders liegen: MigrantInnen sind klar benachteiligt, Schulen im Umfeld genießen ein negatives Image und sorgen für Probleme der AbgängerInnen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Die gegebenen Wohnmöglichkeiten pressen auf engem Raum unterschiedlichste Lebensansätze und Kulturen zusammen. Zudem gibt es zu wenig Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche, sich ihren Tag zu gestalten. Es reicht eben nicht, zeitweilig einen Jugendraum zu öffnen, ihn jedoch mit geringem Personal auszustatten und das Angebot nicht zu den Betroffenen hin zu bringen. Es ist nicht niedrigschwellig genug und schnell wird die Lage wieder angespannter.

Ein in Osdorf aktiver Beteiligter sah auf einer vergangenen Sitzung des Regionalausschusses die Situation in seinem Stadtteil nach Auslaufen der städtischen Programme sehr negativ – danach würde es wieder so viele Probleme geben wie zu Zeiten der Sicherheitskonferenz im Jahr 2000. Das kennzeichnet die mangelnde Nachhaltigkeit aller Programme dieser Art.

### Jugendhilfeausschuss am 2.3.2009

Der Jugendhilfeausschuss traf sich diesmal im Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38. Zuerst stellten sich die einzelnen Projekte und Beschäftigten mit ihren Aufgabengebieten vor. Danach erfolgte die Vorstellung des Sozialraumteams Osdorf/Lurup im SAE-Projekt »SOL« (Sozialräumliche Angebote in Osdorf & Lurup). Osdorf meint in diesem Fall Osdorfer Born. Eine ausgesprochen fähige und gut ausgebildete Koordinatorin leitet das Projekt, das von 15 Einrichtungen und Organisationen getragen wird. Aus diesem Projekt wurden drei besondere und inhaltlich gut aufeinander abgestimmte Angebote hervorgehoben und beschrieben.

Die Vorstellungen nahmen gut zwei Stunden in Anspruch. Danach wurden wir über den einstimmig erfolgten Beschluss

von Volker Vödisch

des Hauptausschusses der Bezirksversammlung vom 11.12.08 und über die Antwort der BSG darauf informiert, in dem es im wesentlichen um die fortführende Förderung des Modellprojekts »Frühe Hilfen Altona« geht. Eine Regelversorgung nach 2009 soll angestrebt werden. Es wäre tatsächlich zu wünschen, wenn dies gelingen würde. »Frühe Hilfen Altona« ist eine Vernetzung von Hilfsangeboten aus Gesundheitshilfe, Jugendhilfe und Familienförderung im Rahmen der Maßnahme »Hamburg schützt seine Kinder«. Sie richtet sich an Schwangere und junge Familien mit Kindern bis drei Jahre in Altona-Altstadt, Lurup und Osdorf. Insbesondere Familien mit besonderen psychosozialen und gesundheitlichen Risiken sollen damit nachhaltig und frühzeitig erreicht werden.

### Ausschuss für Gleichstellung und Integration – Sitzung vom 16.2.2009

von Hildegard Heinemann

Die Sitzung fand im DRK-Zentrum Osdorfer Born ([www.drk-osdorfer-born.de](http://www.drk-osdorfer-born.de)) statt. Der Geschäftsführer des Zentrums, Andreas Specker, und Frau Jebojedoreo, die die Beratung für MigrantInnen organisiert, berichteten über ihre Aktivitäten.

Im Kinder- und Jugendbereich (6-14 Jährige sind die Hauptzielgruppe) werden unterschiedliche Aktivitäten angeboten, z.B. wird jeden Monat eine Zeitung herausgebracht; Sprachförderung findet am pädagogischen Mittagstisch statt, es gibt Kochgruppen.

Die Integration wird als Querschnittsaufgabe gesehen und eines der Ziele ist das Erlernen der jeweiligen kulturellen Hintergründe. Es gibt Feste wie das Zuckerfest (Ende des Ramadan) und andere interkulturellen Feste, die bildungsorientiert gestaltet werden. Die Kinder und Jugendlichen haben so die Gelegenheit sich selbst und ihre jeweiligen Herkunftsländer vorzustellen. Von Jugendlichen und Kindern mit osteuropäischem Hintergrund wird das Fest Väterchen Frost gestaltet. In der Theatergruppe Crazy Akt können die älteren Jugendlichen ihre künstlerischen Fähigkeiten ausbauen.

Für die Erwachsenen gibt es u.a. Sprachförderung. Das Projekt zur Erstellung einer Zeitung wurde im Rahmen der »Erwachsenen-Förderung« vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gesponsert, ebenso die Migrationsberatung. Da Fr.

Jebojedoreo spanisch sprechend ist, werden von ihr viele Lateinamerikanerinnen beraten, in aller Regel telefonisch und/oder per e-mail (Tel: 84 90 80 89, [a.rebooldo@drk-osdorfer-born.de](mailto:a.rebooldo@drk-osdorfer-born.de)). Weiterhin ist das internationale Frauenfrühstück als Selbsthilfegruppe sehr beliebt. Die Kleiderkammer wird als Querschnittsaufgabe gesehen.

Weiter berichtete Gottlieb Krune (Vorsitzender des Vereins der Deutschen aus Russland) über seine Arbeit. Eine Fernseh-sendung über den Bandenkrieg am Osdorfer Born hat ihn so bewegt, dass er sich fragte, welche Aktivitäten er hier anbieten könnte. Mit Spenden der Haspa wurden Instrumente angeschafft, mit denen jetzt Tanz- und Singgruppen für Kinder und Eltern angeboten werden können. Es hat sich ein Chor etabliert, der viele Auftritte hat. Die Musikerinnen werden mittlerweile hamburgweit nachgefragt.

Generell soll in diesem Jahr verstärkt die Wissensvermittlung Vorrang haben, für die Älteren z.B., wie Menschen länger aktiver bleiben können. Die Sprache ist dabei ein ernsthaftes Problem. Für die Kinder und Eltern sollen Beratungen für den Umgang mit dem »Schuldschub« stattfinden, für die Jugendliche ist Beratung zur Berufsausbildung gedacht und für die Erwachsenen Beratung bei Arbeitslosigkeit.

### Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport am 25.2.2009

von Inge Jahnke

Einziges Thema der Sitzung war der Buchenhof-Wald. Neben den Ausschussmitgliedern waren ca. 25 Menschen aus der Initiative »Rettet den Buchenhof-Wald«, ein Pressevertreter und Dr. Gütter als Vertreter des Dezernats Wirtschaft, Bauen, Umwelt des Bezirksamtes anwesend.

Die SPD beantragte den 4. Tagesordnungspunkt »Vorstellung der Baumfällungen«, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden sollte, von der Tagesordnung zu streichen. Mit der Begründung, dass das Bürgerbegehren »Rettet den Buchenhof-Wald« Beschlüsse der Bezirksorgane vorerst stoppen würde, es existiere eine unklare Rechtslage.

Die SPD kündigte ihren Auszug aus der Sitzung an, falls der Punkt dennoch besprochen werden sollte. Wir bekunde-

ten unsere Zustimmung zum SPD-Antrag und zur Konsequenz bei Ablehnung. Mehrheitlich wurde jedoch für die Beibehaltung des Tagesordnungspunktes gestimmt.

Es folgte eine chaotische Diskussion um Nichts. Fazit: In der Sitzung des Grün-Ausschusses am 11.3. wird ein Vertreter der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU), aus der Bedenken zu dem Buchenhof-Wald-Gutachten geäußert worden waren, diese mit dem Gutachter austauschen. Die Fraktionen sollen ihre noch offenen Fragen zügig einreichen.

Herr Hielscher (CDU) warf plötzlich Dr. Gütter folgendes vor: Er - Hielscher - habe als einziger das Antwortschreiben des Gutachters auf die Stellungnahme der BSU erhalten. Als er bemerkt, dass das Amt dieses Antwortschreiben nicht be-

kommen hatte, bat er darum, diese Stellungnahme »an alle« zu verteilen. Warum das nicht geschehen sei? Langes Schweigen bei Dr. Gütter. Dann: Das sei nur ein Entwurf und nicht zum Verteilen bestimmt gewesen. Es werde überarbeitet (von wem?) und später verteilt.

Dann kam der Aufruf des 4. TOP »Nicht öffentlich/vertraulich: Bebauung auf dem Grundstück Osdorfer Landstraße

372/374 (Buchenhof) Vorstellung des Baumfällantrages«. Ein Bürger fragt laut und klar Dr. Gütter nach einer Begründung für die »Nicht-Öffentlichkeit« und bekam von ihm eine unhöfliche Antwort. Es folgte ein kurzer Tumult und Auszug der Öffentlichkeit, der SPD-Vertreter und uns.

Nach der Sitzung schrieben Günter Pingel und ich sofort eine Presseerklärung – Politik kann auch Spaß machen!



### Buchenhof-Wald – Eklat im Grünausschuss Altona

#### Presseerklärung der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

Auf der Sitzung des Bezirksausschusses für Grün, Naturschutz und Sport am 25.2.2009 haben die Mitglieder der Partei DIE LINKE und der SPD die Sitzung unter Protest verlassen.

In Iserbrook gibt es einen seltenen 200 Jahre alten naturbelassenen Buchenwald. Die umfangreiche Abholzung ist wegen eines Bauvorhabens geplant. In einem nichtöffentlichen Teil des Grün-Ausschusses sollte die Baumfällung beraten werden, obwohl bisher die rechtlichen Grundlagen noch nicht abschließend geklärt sind. Aus diesem Grund waren die beiden Parteien nicht bereit, die geplante Fällung von 110 alten Bäumen zu diskutieren.

Die Bürger-Initiative »Rettet den Buchenhof-Wald« wollte eine Erklärung für den Ausschluss der Öffentlichkeit. Die Bezirksamtsvertreter verweigerten sich einer Diskussion. Die LINKE- und SPD-FraktionsvertreterInnen verließen gemeinsam mit den ZuhörerInnen die Sitzung.

Inge Jahnke und Günter Pingel (DIE LINKE) erklärten: »Im Jahre 2008 wurden im Bezirk Altona 3.233 Bäume gefällt. Es reicht! Keine Baumfällung im Buchenhof-Wald und Erhalt dieses einzigartigen naturnahen Laubwaldes.«

Altona, 26. Februar 2009

## Aus der Partei



### Ein Programm für Altona | Klausurtagung des Bezirksvorstands

15 Genossinnen und Genossen nahmen an der parteiöffentlichen Klausurtagung des Bezirksvorstands am 17. Januar teil. Gleich zu Beginn entspann sich eine konstruktive und lebendige Diskussion zur Zusammenarbeit von Parteigliederungen mit der Fraktion, zum politischen Wirkungsgrad der parlamentarischen Arbeit für die Partei und zur Kooperation von Fraktions- und Ausschussmitgliedern. Übereinstimmend wurde festgehalten, dass die Fraktion angesichts der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse in der Bezirksversammlung nur über geringe Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten verfügen würde. In vielen Bereichen wäre der politische Gestaltungsraum des Bezirksparlaments selbst klein.

Trotzdem könne man mit der Rolle unserer Fraktion in der Bezirksversammlung zufrieden sein, denn sie habe viele Diskussionen anstoßen können und so ein eigenes Profil geschaffen, das auch in die außerparlamentarische Arbeit ausstrahlen würde. Fraktionsintern gibt es jedoch Reibungen und Konflikte, die nicht ohne weiteres bewältigt werden können. Deshalb hatte die Fraktion schon im Vorwege der Tagung entschieden, die Hilfe einer Moderatorin in Anspruch zu nehmen. Der Bezirksvorstand beschloss, die Fraktion bei der Konfliktbewältigung zu unterstützen.

Fraktions- und Ausschussmitglieder sowie Vorstandsmitglieder wünschten eine wirksamere Kommunikationsstruktur und einen besseren Informationsaustausch. Deshalb schlugen die TeilnehmerInnen der Klausurtagung vor, die Fraktion darum zu bitten, ihre Fraktionssitzungen generell für die weiteren Ausschussmitglieder und für die SprecherInnen des Bezirksvorstand zu öffnen. Bisher gibt es eine erweiterte Fraktionssitzung pro Monat.

Während der Klausurtagung beschlossen wir, nach einem Jahr parlamentarischer Erfahrungen und unserem Wirken in einigen Stadtteilgruppen ein neues Leitlinienprogramm für unsere politische Arbeit im Bezirk Altona zu erstellen. Es gründete sich hierfür ein sechsköpfige Arbeitsgruppe, die einen Vorschlag bis zur Mitgliederversammlung im März erarbeiten wollte. Allerdings lässt sich heute festhalten, dass für die Programmarbeit mehr Zeit benötigt wird. Viele Parteimitglieder beteiligen sich inzwischen daran, Schwerpunkte unserer künftigen Politik herauszuarbeiten. Wir wollen auch die Wahlkämpfe um den überzeugenden Wiedereinzug unserer Partei in das Europaparlament und in den Bundestag nutzen, unser Programm öffentlich bekannt zu machen.

Volker Vödtsch

## Bericht von der Sitzung der Stadteilgruppe Bahrenfeld am 17.2.2009

Die Gruppe Bahrenfeld trifft sich regelmäßig an jedem dritten Mittwoch im Monat. Zentrale Themen des letzten Treffens 17.2. waren:

1. Verkehr: Von-Sauer-Straße und Bahrenfelder Dreieck,
2. Autobahndeckel über die A7.

Bezogen auf den Verkehr auf der Von-Sauer-Straße fordern die BürgerInnen im Stadtteil ein Tempolimit. Außerdem wird erwartet, dass der Schwerlastverkehr, der in Richtung A7 donnert, umgeleitet wird. Am meisten Angst haben die betroffenen BürgerInnen vor Gefahrguttransporten, die über die Stresemannstraße, Von-Sauer-Straße und Bahrenfelder Chaussee Richtung A7 fahren. Zudem wird hier wohl auch sehr häufig gegen geltendes Straßenverkehrsrecht verstoßen. So wie berichtet wurde, gilt an bestimmten Stellen der Stresemannstraße ein Fahrverbot für Schwerlastverkehr ab einer bestimmten Tonnage und für Gefahrguttransporte.

Seit einiger Zeit ist auch das Bahrenfelder Dreieck regelmäßiges Gesprächsthema. Seit das neue Einkaufszentrum besteht, hat sich das Verkehrsaufkommen sehr verändert. Besonders in den ersten beiden Monatswochen wird dieses Einkaufszentrum so stark frequentiert, dass sich viele AnwohnerInnen sehr stark belästigt fühlen. Vor allem ist es mit der Rücksicht vieler AutofahrerInnen auf ihre Mitmenschen nicht sehr weit her. Die Rücksicht auf Schwächere (Radfahrer, Fußgänger, vor allem Kinder) ist nicht mehr sehr ausgeprägt. Deswegen die Forderung:

- Tempo 30 und Anwohnerparken mindestens in Wohnquartieren!
  - Ansonsten maximal Tempo 50 auf allen anderen Straßen!
- Ein anderes großes Thema ist der Deckel über die A7. Ganz klar ist: Alles, was Ruhe schafft für AnwohnerInnen, ist für sich betrachtet eine gute Idee. Allerdings gibt es Bedenken bei den BürgerInnen hinsichtlich der Redlichkeit der Versprechungen der Politiker aus den Regierungsparteien.

Die BürgerInnen haben Ideen, wie sich der Lärm durch die A7 vermindern ließen. Beispiele:

- Flüsterasphalt,
- Tempolimit,
- Schallschutz ohne Überdeckungung.

Am meisten regen sich die Menschen über die Evozierung auf. Trotz eines Bürgerbegehrens, das darauf dringt, keine Kleingärten zu verkaufen, um mit diesem Verkauf angeblich den Deckel mit zu finanzieren. Wenn Deckel, dann nur so weit und so groß wie auch die Finanzierung reicht.

Genauso gut wissen die Menschen auch: Ist der Deckel da, so wie ihn sich CDU und GAL wünschen, dann wird sich ihr Stadtteil verändern. Aber nicht so, wie es wünschenswert wäre für unsere MitbürgerInnen, sondern so, wie es sich ein paar Großinvestoren und mit Ihnen Kohle von Beust und seine Gespielen aus der GAL vorstellen. Wir in der Linken nennen es Gentrifikation.

Horst Schneider (Stadtteilsprecher Bahrenfeld)

## Innerparteiliche Fortbildung

Im Rahmen des Fortbildungsprogramms der Landesverbands unserer Partei möchten wir auf zwei Veranstaltung hinweisen, die jeweils von 18:00 bis 20:30 Uhr im Georg-Asmussen-Haus (Böckmannstraße 3, 2. Stock) stattfinden:

27.3.2009: **Hans Modrow, 20 Jahre Ende der DDR**

24.4.2009: **Linke Frauen machen Politik**

TeamerInnen: Regine Brüggemann/Johanna Klages

Verbindliche Anmeldung (möglichst per E-Mail) an: Regine Brüggemann: Regine.Brueggemann@t-online.de | Tel. 040/29 82 09 60 (Anrufbeantworter) oder : Hartmut Obens: HObens@t-online.de

Selbstverständlich seien Euch auch alle anderen Bildungsveranstaltungen unseres Landesverbands ans Herz gelegt. Das vollständige Programm findet ihr unter: [http://www.die-linke-hh.de/fileadmin/IPB/2009-01\\_web.pdf](http://www.die-linke-hh.de/fileadmin/IPB/2009-01_web.pdf)

# Aus dem Bezirk

## A 7-Deckel: GALige Missachtung des BürgerInnenwillens

Der Hamburger Senat hat seine Ankündigung, den BürgerInnenwillen (nach dem Bismark-Bad) erneut auszuhebeln, wahr gemacht und alle weiteren Planungen und Verfahren im Zusammenhang mit der durch Hamburg zu finanzierenden zusätzlichen Überdeckungung der A-7 an sich zu gerissen (Evokation). Bezirk und betroffenen BürgerInnen werden schlichtweg entmündigt.

Ganz offensichtlich hat die GAL ihre Wurzeln vollständig vergessen. Sie ist die treibende Kraft hinter der nun per Evokation durchgesetzten Entscheidung, der Stadt gehörende Grundstücke und Kleingärten in Altona für den Autobahndeckel zu opfern. BürgerInnenbeteiligung wird den ehrgeizigen

## von Beate Reiss und Bernhard Müller

Profilierungszielen der Regierungspartei GAL unterworfen. DIE LINKE.Altona ist selbstverständlich auch für einen erweiterten A7-Deckel, aber nicht um den Preis der Missachtung des BürgerInnenwillens und des weiteren Verkaufs öffentlichen Eigentums.

Den Hintergrund für die Senatsentscheidung, das Verfahren per Evokation an sich zu ziehen, bildet der massive Widerstand der BürgerInnen vor allem in Altona gegen die Finanzierungsmethode der zusätzlichen A7-Deckelung. Dafür will der Senat nämlich Grundstücke verkaufen, insbesondere Kleingärten. Dagegen hat die Bürgerinitiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« in Altona ein sehr erfolgreiches Bür-

gerbegehren auf den Weg gebracht, das nun in einen Bürgerentscheid münden sollte. Dem hat der Senat mit der Begründung, das Projekt habe Bedeutung »für die ganze Stadt« (Frau Hajduk), die Grundlage entzogen.

Sachlich gibt es keinen Zusammenhang zwischen der Finanzierung der zusätzlichen Überdeckung und dem Verkauf der Grundstücke. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, zur Finanzierung der erneuten, äußerst riskanten Kapitaleinschüsse in die HSH Nordbank die Außenalster oder den Süllberg zu verscherbeln. Was lehrt uns das? Der Grundstücksverkauf ist – unabhängig vom Deckel – politisch gewollt, um »attraktiven« Wohnungsbau im teuren Preissegment zu ermöglichen, und wird vor allem von der GAL forciert, denn die CDU hatte noch in der Schlussphase des Wahlkampfes die Finanzierung des Projekts aus dem Grundstock der Stadt zugesagt.

Für den zusätzlichen Deckel muss die Stadt 167 Mio. Euro aufbringen. Dafür wird in Altona und Eimsbüttel der Stadt gehörender Grund und Boden verkauft werden. Die Bezirke müssen das Projekt, bei dem sie kein Mitspracherecht mehr haben, also auch noch selbst finanzieren. Konkret: In Bahrenfeld-Othmarschen beabsichtigt der Senat, zwölf Grundstücke mit insgesamt 35 ha für 89 Mio. Euro zu verkaufen. Der Verkauf der Trabrennbahn Bahrenfeld soll 24 Mio. Euro einbringen und in Eimsbüttel sieht die Planung den Verkauf von Grundstücken mit insgesamt 8,5 ha für 13 Mio. Euro vor. Macht in der Summe 126 Mio. Euro. Der Rest von 41 Mio. Euro soll aus dem Landeshaushalt finanziert werden.

Nach ihrer Entmachtung bietet Frau Hajduk den Bezirken großzügig an, über die Stadtentwicklungsausschüsse in die Planungsschritte mit einbezogen zu werden. Dass so

eine Selbstverständlichkeit auch noch herausgestellt werden muss, zeigt, wie weit die BürgerInnenbeteiligung im Selbstverständnis des schwarz-grünen Senats schon auf den Hund gekommen ist.

Auch mit sozialer Stadtentwicklung hat das alles nicht mehr zu tun. Zwar sollen die frei werdenden Flächen, folgt man Frau Hajduk, überwiegend für den Wohnungsbau verwendet werden (1.500 Wohnungen in Altona und 450 Wohnungen in Eimsbüttel). Bei der Preislage der Grundstücke und den vermutlichen Investoren, an die das öffentliche Eigentum verscherbelt werden wird, ist allerdings absehbar, dass hier nur »höherwertiger« Wohnraum entsteht und garantiert kein sozialer Wohnungsbau. Schwarz-grün bremst also nicht nur den BürgerInnenwillen aus, sondern bedient auch ganz ungeniert die sozialen Interessen derjenigen, die in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu den Besserverdienenden und Vermögenden gehören.

Mit der Evokation der A 7-Deckelung durch den Senat kann die schwarz-grüne Koalition in Altona gut leben. Das Projekt wird nun genau in der Weise realisiert, wie vor allem von der Altonaer GAL gewünscht. Auch die SPD dürfte mit dieser Brechung des BürgerInnenwillens durchaus einverstanden sein.

Die Bürgerinitiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« dagegen steht mit leeren Händen da. Ihr Engagement für mehr BürgerInnenbeteiligung und den Stop des Verkaufs öffentlichen Eigentums wurde mit Füßen getreten und mit fadenscheinigen Argumenten faktisch abgestraft. DIE LINKE.Altona hat – wie schon beim Bismarckbad – das Bürgerbegehren kräftig unterstützt. Jetzt gilt es gemeinsam zu überlegen, wie die Auseinandersetzung fortgeführt werden kann.



### Zum Rückzug des Bürgerbegehrens Kleingärten Altona

Presseerklärung der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona

11.März 2009

Heute haben die Vertrauensleute des Bürgerbegehrens zum Erhalt der Kleingärten in Altona ihr Bürgerbegehren zurückgezogen und damit den sonst automatisch noch vor der Europawahl anstehenden Bürgerentscheid im Bezirk Altona hinfällig werden lassen.

Sie haben dies im Rahmen einer Versammlung der antragstellenden Initiative »Apfelbaum braucht Wurzelraum« nach intensiver Diskussion getan, weil ihnen zuvor von dem Altonaer Bezirksamtsleiter sowie dem Vertreter der BSU (Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, unterstellt der GAL-Senatorin Frau Hajduk) klar und deutlich eröffnet wurde, dass der Bürgerentscheid, auch wenn er erfolgreich ausginge, genau wie beim Bismarckbad, zurückgewiesen und verworfen werden würde.

Da zuvor die Senatorin bereits die Kleingartenflächen an der Behringstrasse sowie am Altonaer Volkspark evoziert, d.h. aus der bezirklichen Planungshoheit per Dekret herausgenommen hatte, so dass der Bürgerentscheid sich auf diese nicht mehr hätte erstrecken können, zeugt der Schritt der

Bürgerinitiative von einem hohen Maß an Verantwortungsbewusstsein gegenüber den Zehntausenden Altonaerinnen und Altonaern, deren Stimmen andernfalls im Reißwolf des Hamburger Senats gelandet wären – ungeachtet des guten Glaubens der WählerInnen, die öffentlichen Kleingartenflächen mit ihrem Votum erhalten zu können.

Insofern begrüßen wir die Entscheidung der Bürgerinitiative, genauso, wie wir es richtig finden, dass sich die Initiative nicht bereit erklärt hat, an dem Hilfsangebot des Bezirksamtes, sich an der vermeintlichen Plansicherung der verbleibenden Kleingartenflächen in Altona zu beteiligen, denn diese Beruhigungsspielle hätte gegenüber künftigen Senatsplänen wie der Desy-Erweiterung, der Volksparkumgestaltung oder Ähnlichem sowieso keinen Bestand.

Mit Bitternis über die Umgehensweise mit dem BürgerInnenwillen in Altona durch den Hamburger Senat aber auch durch die dies unterstützenden Altonaer Mehrheitsparteien CDU/GAL wünschen wir der Initiative, dass sie auf anderem Wege dennoch erfolgreich sein wird.

## Kulturelle »Umsonstangebote« zur Verbesserung der eigenen Lebensqualität nutzen, Kindern die Schönheit der Natur nahe bringen | Die Waldschule Klövensteen

Der Wald als Lebensraum für Tiere und Pflanzen, als Trinkwasserproduzentin, als Klimagehalterin, als Holzproduzent oder Erholungsraum bietet eine riesige Fülle als Projekt- und Schwerpunktmöglichkeit für Schulklassen aller Jahrgänge. Der Erholungswald mit seinen vielen verschiedenen Funktionen ist außerdem ein ideales Beispiel für den Nachhaltigkeitsgedanken und ermöglicht den SchülerInnen eine interdisziplinäre Auseinandersetzung mit dem Thema Nach-



haltigkeit. Das Angebot der Waldschule Klövensteen ist angepasst an die Rahmenpläne der Schulen von Hamburg und Schleswig-Holstein. Das schulisch erlernte Wissen kann so in der Realität überprüft und vertieft werden.

Die spannenden Projekte und Angebote der Waldschule Klövensteen sollen für SchülerInnen eine erleb- und begreifbare Auseinandersetzung mit der Natur und einzelnen Themenfeldern ermöglichen. Neben fachlichen Informationen und Fragestellungen kann, vor allem durch spielerische und selbstbestimmte Aktionen, eine emotional positive Einstellung zu Wald, Natur und Tieren gefördert werden. Alle Projektinhalte sind nicht statisch oder unbeweglich, sondern sie werden alle individuell, abhängig von Alter, Klassenstufen und zeitliche Möglichkeiten nach Absprache mit der Lehrkraft gestaltet. Die Durchführung und Begleitung des Projekts erfolgt durch pädagogisches und naturkundlich geschultes Personal. Alle Projekte und Angebote können unter der Seite [www.forst-kloevensteen.de](http://www.forst-kloevensteen.de) angefragt und angemeldet werden. Allgemeine Fragen können auch per e-mail an [p.fehr@forst-kloevensteen.de](mailto:p.fehr@forst-kloevensteen.de) gerichtet werden. Für die An- und Abreise können ein Bustransfer von den Schulen zu der Waldschule Klövensteen umsonst angeboten werden.

## Diskussion: Kampf um Frauenrechte

### Frauen international im Widerstand gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg

*(Gemeinsame Erklärung und Aufruf von Avanti – Projekt undogmatische Linke, AGIF Frauenkommission, AG LISA Hamburg (DIE LINKE), ATIK – Neue Frau, Frauenbewegung Europa, Nûjyan Frauenzentrum e.V., Rat kurdischer Frauen in Hamburg zum internationalen Frauentag)*

Seit Anfang des 20. Jahrhunderts wird der 8. März als »Internationaler Frauentag« begangen, an dem weltweit Themen aus den Frauenbewegungen publik gemacht werden. Anfang des 21. Jahrhunderts hat sich sowohl an den Situationen von Frauen vieles geändert als auch an den Positionen der Frauenbewegungen. Geblieben ist die Tatsache, dass Kriege feministische Errungenschaften zunichte machen und emanzipatorische Kämpfe zurückwerfen.

#### Feminismus als Perspektive

»Feminismus« ist ein umkämpfter Begriff und wird kontrovers diskutiert. Wir setzen uns ein für die Utopie einer neuen Gesellschaftsform, dass allen Menschen die Beteiligung in allen wichtigen Bereichen des Lebens ermöglicht. Mit diesen Bereichen meinen wir: Die Sorgearbeit um sich und andere (Reproduktionsarbeit), die Erwerbsarbeit (Produktion) und die politische und kulturelle Arbeit.

Unser Ziel ist es, Bedingungen zu schaffen, die es Frauen und Männern erlauben Familien- und Erwerbsarbeit zu vereinbaren und den Zusammenhang mit den kapitalistischen Rahmenbedingungen zu durchschauen. Wir wollen die Diskriminierungsstrukturen aufdecken, hinterfragen, unsere ei-

genen Anteile daran erkennen und sie gemeinsam verändern. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Menschen sich füreinander verantwortlich fühlen, in der die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist, in der Arbeit und Einkommen solidarisch geteilt werden und in der politische Perspektiven gemeinsam entwickelt werden – weltweit.

#### Geschlechterverhältnisse als Grundelemente von Krieg und Militarisierung

Die Militarisierung der Gesellschaft nach innen als auch die Kriege nach außen, bauen auf patriarchalen Geschlechterverhältnissen auf. Kriege dienen der Sicherung ökonomischer Interessen. Kriege werden mit der Befreiung der Frau legitimiert. So wurde beispielsweise versucht, die Angriffskriege gegen Afghanistan oder den Irak mit der Befreiung der Frauen zu rechtfertigen, um die öffentliche Zustimmung zu den Kriegen zu organisieren. Das Umstrukturieren Deutschlands zur Kriegsmacht hat einen steigenden Militärhaushalt zur Folge und geht mit Kürzungen bei Frauenprojekten und des Sozialbudgets einher. In Kriegssituationen leiden alle Menschen. Aber Frauen, denen fast überall die Verantwortung für die Versorgung der Familie zugewiesen ist, tragen da-

mit eine doppelte Bürde. Für durch den Krieg traumatisierte Frauen und Zeuginnen gibt es kaum geeignete Möglichkeiten, das Erlittene aufzuarbeiten.

Für eine Welt ohne Krieg: Wir lehnen die Kriege ab, die nur geführt werden um Macht und Reichtum zu erhalten. Frauen erleben, dass Vergewaltigung und sexuelle Folter systematisch im Krieg eingesetzt werden, um den Widerstand zu brechen. Frauen werden sexueller Folter unterworfen und als Kriegswaffe benutzt. Trotzdem kämpfen Frauen auf allen Ebenen für Ihre Freiheit. Z.B. haben kurdische Frauen eine Kampagne »Wir sind niemandes Ehre, unsere Freiheit ist unsere Ehre« begonnen.

noNato: 60 Jahre sind genug! Am 3. und 4. April treffen sich in Baden-Baden und Strassbourg die Regierenden der NATO-Staaten. Sie wollen den Geburtstag jener Organisation feiern, der sie die militärische Absicherung ihrer staatlichen und wirtschaftlichen Macht verdanken. Und sie planen dort die Zukunft der NATO. Wir rufen zum Widerstand auf.

2-Block-Konzeption: Die Demonstration besteht aus zwei klaren Blöcken. Wir fordern alle Menschen, die zur Demonstration kommen auf, dies zu respektieren. Der vordere Block ist ausschließlich ein FrauenLesbenTrans-Block! Im zweiten Block begrüßen wir alle Menschen unter dem Motto: all genders are welcome!



*Der Demonstrationsaufruf war sehr erfolgreich. Am 7. März kamen über 500 DemonstrantInnen und viele unterschiedliche Gruppierungen zusammen. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus dem Redebeitrag von Hildegard Heinemann:*

»... Das Konzept Frieden sollte ein aktiver Zustand der gesamten Gesellschaft sein und nicht nur Abwesenheit von Krieg. In einer Kultur des Lebens sollte sich dieses friedvolle Konzept in allen Lebensbereichen auszeichnen. Zum Beispiel durch gewaltfreie Kommunikation im Dialog, in der Zusammenarbeit und in der Bildung. Konflikte sind im täglichen Miteinander etwas logisches.

Es geht nicht nur um die Auseinandersetzung mit Aggressionen, sondern um den positiven Willen Konflikte lösen zu wollen. Jede hat das Recht das Eigene auszusprechen. Strukturelle Gründe für Ungleichheiten (Patriarchat, Kapitalismus, Imperialismus und ungleiche Verteilungen von Ressourcen und Macht) sollten benannt werden, ebenso die Verhinderer dieser Benennungen.

Es sollten die eigentlichen Gründe für den Krieg generell aufgedeckt werden. Unter anderem kommen wir nur zu einer Kultur des Friedens, wenn es gelingt die Geschlechtergewalt darzustellen. Zum Beispiel muss der Frauenhandel unterbunden werden. Hier wird mehr Geld verdient als mit Drogenhandel. Dies muss in politisches handeln übersetzt werden. Dazu ist Solidarität unabdingbar.

Zwei Milliarden Menschen leben in absoluter Armut, das heißt, sie haben keine Arbeit, keine Wohnung, keine Bildung, keine Nahrung und keine Kultur, statt dessen erleiden sie Hunger, Durst, Seuchen und Krieg. Zur Kultur des Friedens gehört es, die Wahrheit über die vorgeschobenen Gründe von Kriegen aufzudecken.

Zum Beispiel wurde in Gaza 1999 ein Riesenvorrat von Gas entdeckt. Nichts wurde darüber in den Medien berichtet. Zum Beispiel werden Kriege darüber entschieden, wer die Macht der Medien hat. Möglicherweise ist der Gaza-Krieg nur der Anfang von einer Reihe geplanter Kriege. Es sollten die Lügen aufgedeckt werden, welche die Kriege legitimieren. Die Akzeptanz von Feindbildern sollte hinterfragt werden. Jedes militärischen Handeln sollte verweigert werden. In Griechenland protestiert ein ganzes Volk gegen die Kosten der Krise des Kapitalismus. Jugendliche protestieren gegen mittelalterliche Arbeitsbedingungen unter denen die Eltern zu leiden haben. Sie zeigen ihren Zorn gegen das menschenunwürdige Leben. Alle politischen Parteien haben die Protestierenden verurteilt, die gegen diese Ordnung rebellieren. Nur die Linke Partei hat protestiert, dafür werden sie als Anarchisten attackiert. Auf eine Gewerkschafterin wurde gar ein Säureanschlag verübt.

Das Recht auf Arbeit sollte verlangt werden, ansonsten hat jeder das Recht auf ein bedingungsloses Einkommen, um sich selber Wohnraum, gesunde Ernährung, Schutz vor Gewalt, Zugang zu (Aus)Bildung, Kultur und Künste, zu sichern. Wir Linken wollen Modellprojekte entwickeln und wir Frauen werden unsere Vorstellungen einbringen und im politischen Alltag umsetzen.«

**»Keine Gewalt gegen Frauen« (hrsg: European Left – el fem)**  
Broschüre der European Left (bei [info@european-left.org](mailto:info@european-left.org))

In dieser Broschüre werden Debattenbeiträge europäischer Frauen des Seminars »Gewalt und Patriarchat« veröffentlicht, organisiert von der European Left und el-fem, unter der Schirmherrschaft der italienischen Behörde für gleiche Rechte und Chancen der Provinz Triest. »Innerhalb der patriarchalen Ordnung gibt es nicht nur die Macht des männlichen Geschlechts über das weibliche, sondern auch eine allgemeine Vorstellung von der Welt, vom sozialen Zusammenleben, den Beziehungen zwischen den Geschlechtern, in der Männer die Norm des menschlichen Lebens darstellen, während Frauen eine Begleiterscheinung sind, untergeordnet, zweitrangig: Sie sind Mütter, Ehefrauen, Geliebte, Töchter, Prostituierte...«



250 Frauen aus 18 Ländern haben an diesem Seminar teilgenommen und über die unterschiedlichen Gewaltformen geschrieben: Gewalt und Armut, Gewalt und Krieg, Gewalt und Familie und Prostitution.

H. Heinemann

## Termine

Freitag, 13.3.2009

**Bürgersprechstunde mit Norbert Hackbusch**

Zeit: 17.00-19.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Montag, 16.3.2009

**Wahlkreis- und Mitgliederversammlung**

**DIE LINKE.Altona**

Zeit: ab 18.30; Ort: Am Felde 2

Donnerstag, 26.3.2009

**Bezirksversammlung Altona**

Zeit: 18.00 Uhr; Ort: Altonaer Rathaus

Freitag, 27.3.2009

**Bürgersprechstunde der Bezirksfraktion mit Karsten Strasser. Verkehrspolitischer Sprecher**

Zeit: 17.00-19.00 Uhr; Ort: Am Felde 2

Freitag, 27.3.2009

**Hans Modrow: 20 Jahre Ende der DDR**

Bildungsveranstaltung des Landesverbandes  
Zeit: 18.00-20.30 Uhr; Ort: Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstr. 3 (2. Stock)

Samstag, 28.3.2009

**Bundesweite Demo: »Wir zahlen nicht für Eure Krise«**

in Berlin und Frankfurt; Fahrkarten für Busse nach Berlin beim Landesvorstand

Monat, 6.4.2009

**DIE LINKE.Altona Bezirksvorstand**

Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Am Felde 2

Freitag, 24.4.2009

**Linke Frauen machen Politik**

Bildungsveranstaltung des Landesverbandes mit Regine Brüggemann und Johanna Klages  
Zeit: 18.00-20.30 Uhr; Ort: Georg-Asmussen-Haus, Böckmannstraße 3 (2. Stock)

## Stadtteilgruppen

**Stadtteilgruppe Altona-Altstadt**

Nächstes Treffen: Jeden 2. Montag im Monat.  
Im April wegen Ostern ausnahmsweise Mittwoch, den 15.4.  
Zeit: 19.30 Uhr; Ort: bitte erfragen  
Kontakt: Werner Haertel, Tel.: 040/2005467

**Stadtteilgruppe Altona-Nord**

Nächstes Treffen: 24.3.  
Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2  
Kontakt: Stefan Ziefle, Tel.: 040-3861 25 42  
Eckhard Dörger, Tel.: 040-389 84 86

**Stadtteilgruppe Bahrenfeld**

Nächste Treffen: 18.3. (mit Norbert Hackbusch) und 15.4.  
Zeit: 19.30 Uhr; Ort: »Mokka«-Café, Bahrenfelder Chausse 29/  
Ecke Mendelsohnstraße  
Kontakt: Horst Schneider, Tel.: 040-890 25 87  
Karsten Strasser, Tel.: 040-390 85 55

**Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf/Iserbrook**

Nächstes Treffen: 9.4.  
Zeit: 19.30 Uhr ; Ort: Stadtteilhaus Lurup, Böverstland 38  
Kontakt: Susanne David, Tel.: 040-560 57 26  
Dirk Kölsche, Tel.: 040-28 78 16 72

**Stadtteilgruppe Ottensen**

Nächstes Treffen: Jeden 2. Montag im Monat.  
Im April wegen Ostern den Ausweichtermin bitte erfragen.  
Zeit: 19.30 Uhr; Ort: Parteibüro, Am Felde 2  
Kontakt: Beate Reiss, Tel.: 040-39 63 86



## Einladung zur Wahl- und Mitgliederversammlung

- I. Zur Wahlkreisvollversammlung für den Bundestagswahlkreis 19 (Hamburg-Altona) zur Wahl einer Wahlkreiskandidatin/eines Wahlkreiskandidaten für die Bundestagswahl am 27.9.2009
- II. Zur Mitgliederversammlung des Bezirksverbands Altona

Hamburg, den 9. Januar 2009

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Bezirksvorstand lädt Euch sehr herzlich zur Wahlkreisvollversammlung und zur Mitgliederversammlung ein. Sie findet statt

am **Montag, den 16. März 2009,**

Beginn der Wahlkreisvollversammlung: 18.30 Uhr

Beginn der Mitgliederversammlung: 20.30 Uhr

Ort: Parteibüro, Am Felde 2 (Hinterhof), Hamburg-Ottensen

**I. Wahlkreisvollversammlung:** 18.30–20.30 Uhr

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Regularien
2. Wahl einer Wahlkreiskandidatin/eines Wahlkreiskandidaten für den Bundestagswahlkreis 19 (Hamburg-Altona)

Hinweis:

Stimmberechtigt bei der Wahl des Wahlkreiskandidaten sind alle Parteimitglieder mit erstem Wohnsitz im Bundestagswahlkreis 19 (Hamburg-Altona), die am Tag der Wahl des Wahlkreiskandidaten die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen und mindestens 18 Jahre alt sind.

**II. Mitgliederversammlung** 20.30–22.00 Uhr

Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Nachwahl eines Bezirksvorstandsmitglieds (Frauenplatz)
2. Nachwahl einer Kassenprüferin/eines Kassenprüfers
3. Sonstiges

Bitte erscheint zahlreich und wegen der Wahlversammlung pünktlich.

Mit solidarischen Grüßen

Beate Reiss/Bernhard Müller (SprecherIn des Bezirksverbands)